

2017-04-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 22.03.2017

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland	Entschuldigt
Glathe, Otto	Entschuldigt
Kolze, Jens	Entschuldigt
Schwabe, Jörg	Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie	Entschuldigt
--------------------	--------------

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans	Unentschuldigt
-----------------	----------------

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas	Entschuldigt
Melchior, Jost Dr.	Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Trocha, Harald	Entschuldigt
----------------	--------------

Fraktion der AfD

Hernig, Andreas	Unentschuldigt
-----------------	----------------

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, eröffnete die 23. Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 36 Stimmberechtigten fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt (37:00:00).
Herr Rumpf erschien während des Tagesordnungspunktes zur Sitzung.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.02.2017

Mit dem Hinweis des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, dass auf der Seite 23 der Niederschrift (letzter Absatz) Frau Müller von der **SPD-Fraktion** die Anfrage gestellt hat (nicht CDU-Fraktion) wurde die Niederschrift einstimmig genehmigt (37:00:00).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte die Anwesenden und verwies **rückblickend** zunächst auf die am 2. Februar gemeinsam mit Herrn Dr. Philipsen, Vorstand der Stiftung Dome und Schlösser, unterzeichnete **Kooperationsvereinbarung zur Sicherung der Zukunft des Georgiums**. Der Architekt Prof. Nestler wird die Sanierung bis 2019 unterstützen. Mit der Stiftung habe man einen starken Partner an der Seite. Zunächst gilt es, verschiedene grundsätzliche Fragestellungen zu klären, be-

vor mit der kompletten Sanierung begonnen wird. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme scheint nun gesichert. Am 9. März fand eine Pressekonferenz bei Herrn Staatsminister Robra in der Staatskanzlei statt, bei der u. a. die Information gegeben wurde, dass wir 3 Mio. € vom Bund und 2 Mio. € vom Land bekommen. Eine weitere Million müsse, wie schon bekannt war, selbst aufgebracht werden.

In den letzten Wochen fanden intensive Beratungen zum aktuellen **Haushaltsplan** statt. Gemeinsam mit der Finanzdezernentin und Bürgermeisterin Fr. Nußbeck wurde ein Entwurf erstellt, der heute zur Beschlussfassung vorliegt. Es wurde ein sehr ambitionierter Haushalt aufgestellt, der zahlreiche Investitionen in unserer Stadt ermöglicht und auch den Interessen des Stadtrates gerecht wird.

Am 10. Februar wurde durch den Oberbürgermeister das **niederländische Königspaar**, Willem-Alexander und Máxima in unserer Stadt in Empfang genommen. Auf der Tagesordnung stand neben einem Besuch des Bauhauses ein angeregter Austausch zum Thema Hochwasserschutz. U. a. konnte Herr Oberbürgermeister Kuras mit dem Amtskollegen der niederländischen Stadt Kampen interessante Gespräche über die Gemeinsamkeiten der beiden Städte führen und dem Königspaar über unsere Anstrengungen beim Ausbau der Hochwasserschutzanlagen berichten.

Was die Niederlande betrifft, gab Herr Oberbürgermeister Kuras die traurige Nachricht bekannt, dass am 14. März der Sonderbotschafter der Niederlande, Herr Jan-Paul Dierckse, im 67. Lebensjahr verstorben ist. Er war u. a. langjähriger Vizepräsident der Kurt-Weill-Gesellschaft und noch vor wenigen Tagen für einige Zeit in Dessau-Roßlau zum Kurt-Weill-Fest zu Gast. Er war in seiner diplomatischen Laufbahn u. a. Botschafter der Niederlande in Moskau und in Ankara. Er galt als ausgesprochen erfahrener Spitzendiplomat. Wir trauern um ihn, unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Herrn Prof. Kaufmann wurde für seine langjährigen Verdienste als Intendant des **Kurt-Weill-Festes** persönlich durch den Oberbürgermeister der Dank ausgesprochen. Mit mehr als 18.000 Besuchern war das Fest wieder ein Highlight in unserer Stadt und schaffte es sogar in die New York Times, die Tagesschau und in das ZDF Heute Journal.

Auch auf unseren **Social-Media-Kanälen** wurde über diesen Erfolg berichtet. Seit Anfang März werden die gesamtstädtischen Auftritte bei Facebook, Twitter und YouTube betrieben. Grundsätzlich sollen diese neuen Medien weniger als Diskussionsforum, sondern vielmehr als zusätzliches Sprachrohr genutzt werden, um schnell und modern nach außen zu kommunizieren. Mehr als 1.000 Nutzer haben dies bereits mit einem Daumen hoch quittiert.

Mehr als 1.000 Personen waren wieder auf der diesjährigen **Handwerkermesse** in Roßlau zu Besuch. In diesem Jahr präsentierte sich unsere Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Stadtmarketinggesellschaft auf einem neuen Messestand, mit dem wir auf zukünftigen Messen und Veranstaltungen für den Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau werben möchten. Herr Oberbürgermeister Kuras dankte den Veranstaltern, Herrn Uwe Kürschner von den „Roßlauer Events“ und dem Wirtschaftskreis Roßlau unter Vorsitz unseres Stadtrates Mau, für das großartige Engagement bei der Planung und Durchführung dieser 17. Handwerkermesse.

Ein großer Andrang herrschte auch am **11. März** in unserer Innenstadt, als es mit der Menschenkette wieder darum ging, unliebsame Besucher fern zu halten. Mehr als 2.000 Menschen haben gezeigt, dass Dessau-Roßlau bunt und nicht braun ist. Ein großes Dankeschön gilt dem Netzwerk Gelebte Demokratie und an all jene, die an diesem Tag nicht einfach weggeschaut haben, sondern sich aktiv für demokratische Grundwerte in unserer Stadt eingesetzt haben.

In den Räumlichkeiten der Volkssolidarität wurde am vergangenen Freitag unser politisch engagierter Ehrenbürger **Dieter Hallervorden** begrüßt. Er ist der persönlichen Einladung der Volkssolidarität gefolgt, um das betreute Wohnhaus in der Allerstraße 4 seinem Familiennamen zu widmen. Für dieses sympathische Engagement wurde ihm seitens Oberbürgermeisters gedankt. Er hofft, dass Herr Hallervorden noch oft in unserer Stadt begrüßt werden kann.

In Sachen Umweltschutz verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf den mehr als fünf Meter hohen **Smiley** auf dem Lily-Herking-Platz vor dem Alten Theater. Das ist ein tolles Projekt der Energieavantgarde Anhalt, das die Energiewende für jedermann verständlich macht. Es wäre erfreulich, wenn es gelingen würde, noch mehr solche Aktionen in unserer Innenstadt zu zeigen.

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte Frau Brigitte Mang, die neue Direktorin der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und sprach dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, seinen Dank dafür aus, dass er Frau Mang zur heutigen Sitzung eingeladen hat.

Ein Ausstellungsschatz wird ab dem 9. April im Johannbau gezeigt. Mit der **Schatzkammer der Reformation** wird unser Beitrag zum Reformationsjubiläum geleistet. Die Anwesenden wurden zur Ausstellungseröffnung am 8. April, um 15:00 Uhr, in die Marienkirche eingeladen. Zusätzlich zum Reformationsjubiläum wurde durch den Oberbürgermeister am 1. März eine Kooperationsvereinbarung mit dem Reformationsjubiläum 2017 e. V. unterzeichnet.

Aktuelle Arbeitsstände

LAGA 2022:

Die abschließende Entscheidung der Landesregierung steht nach dem jetzigen Kenntnisstand kurz bevor. Nun müsse abgewartet und gehofft werden, dass wir als Oberzentrum punkten können. Am 06. März haben die fünf größten Fraktionen eine Entschließung zum Thema LAGA gefasst, die insbesondere die Verhandlungsbereitschaft der Stadt zu den einzelnen Projekten zum Ausdruck bringt. Diese Entschließung wurde am 8. März Herrn Ministerpräsidenten Dr. Haseloff und auch Herrn Staatsminister Robra übergeben und zum Ausdruck gebracht, dass er diese Entschließung als Oberbürgermeister voll inhaltlich teilt. Es werde davon ausgegangen, dass in wenigen Tagen die Entscheidung über die Ausrichtung der LAGA im Kabinett fällt und er wünscht, dass die Stadt Dessau-Roßlau den Zuschlag erhält.

Ostrandstraße: Am 13. Februar fand eine erweiterte Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt unter Beteiligung der Fraktionen statt. In dieser Sitzung wurde das weitere Vorgehen in Bezug auf das wichtige Straßenbauvorhaben

vereinbart. Entsprechende Beschlussvorlagen wurden bereits freigegeben und werden demnächst im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt bzw. im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus behandelt.

Sanierung Rathausfassade: Die Einrüstung des Rathhausturmes erfolgt am 27. Februar begonnen und wird ca. 5 bis 6 Wochen in Anspruch nehmen. Für die Sanierungsarbeiten sind Eigenmittel in Höhe von ca. 315.000 € im Ergebnishaushalt 2017 eingestellt worden, so dass die eigentlichen Arbeiten am Turm noch im Frühjahr 2017 beginnen sollen.

Ersatzneubau Südschwimmhalle: Die Kellerwände wurden komplett betoniert. Die Grundwasserabsenkung wurde am 23.02. abgeschaltet und mit dem Rückbau der Aggregate begonnen. Der Einbau der ersten Einbauteile der Badewassertechnik läuft und demnächst folgen die Hauseinführungen der Anschlussleitungen.

Schadebrauerei: Die noch zur Verfügung stehenden Restmittel sollen im 1. und 2. Quartal 2017 für weitere Rückbauarbeiten verwendet werden. Hierzu erfolgen weitere Abstimmungen zwischen der IDT und dem Zentralen Gebäudemanagement.

Ersatzneubau Muldebrücke: Derzeit werden die vorbereitenden Straßenbauarbeiten ausgeführt, u. a. die Herstellung der Bordanlagen und die Herstellung der Straßenentwässerung. Die Abdichtungsarbeiten haben sich aufgrund der Witterung etwas verzögert. Nach detaillierter Abstimmung mit dem bauausführenden Betrieb ist mit der Verkehrsfreigabe Ende Juni 2017 zu rechnen.

Breitbandausbau: Die Stadt hat am 2. März den Zuschlag des Auftrages an die DATEL GmbH erteilt. Derzeit laufen die Planungen, um nun schnellstmöglich mit dem Bau beginnen zu können. Eine Prioritätenliste soll bei der zügigen Umsetzung helfen. Auch die Finanzierung des Projektes ist wenigstens teilweise gesichert. Ein vom Bund eingegangener Zuwendungsbescheid entspricht jedoch von der Höhe her noch dem alten Stand der Machbarkeitsstudie. Im Ergebnis der durchgeführten Ausschreibung wird deutlich weniger Geld benötigt als der Zuwendungsbescheid umfasst.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor:

Amt für Kultur:

- Derzeit findet der Umzug des Stadtarchivs an seinen neuen Ort im Wasserturm statt. Dieser Umzug hat das Stadtarchiv allerdings nicht davon abgehalten, Anfang dieser Woche eine Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag hier in Dessau-Roßlau auszurichten. Solche Konferenzen haben den positiven Nebeneffekt, unsere Stadt bekannter zu machen. Er dankte Herrn Dr. Kreißler und seinen Kollegen noch einmal dafür.
- Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Hochschule Anhalt und dem Tierpark wurde durch Studenten des Fachbereichs Design ein neues Besucherterminal entwickelt und zur Nutzung übergeben. Damit ist der Tierpark nun auch interaktiv erlebbar.

- Am 8. Februar präsentierten Frau Dr. Huskamp von der Stiftung Bauhaus und Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, die Struktur und das weitere Vorgehen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Programmes für das Bauhausjubiläum im Jahr 2019. Es trägt den Titel: „**Die Stadt und das Bauhaus – Gemeinsamer Aufbruch in die Moderne. Das 100-jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses im Jahr 2019 in der Stadt Dessau-Roßlau.**“ Daraus resultierend kuratiert Frau Elisabeth Kremer von der Stiftung Bauhaus Dessau gemeinsam mit den Partnern in den Einrichtungen der Stadt das sogenannte Satellitenprogramm, also ein Programm für dezentrale Maßnahmen. Im April wird es einen gemeinsamen Termin mit allen Einrichtungsleitern und der AG Bauhausstadt der Stiftung Bauhaus geben, um die vereinbarten Themen zu konkretisieren.

Eigenbetrieb DEKITA

- Am 1. März konnten die Kinder der Grundschule in Kühnau ihren neuen De-Kita-Hort „Pustebume“ in Besitz nehmen. Städtische Mittel in Höhe von 650.000 € wurden in der zehnmonatigen Sanierung dafür aufgebracht. Diese Investition hat sich gelohnt, denn in den neuen Räumen können die Hortkinder in Ruhe Hausaufgaben machen, sich austoben oder sich zurückziehen.

Jugendamt

- Für das Bundesprojekt „Qualität vor Ort - Netzwerke für frühe Bildung“ liegt eine Zusage für die Laufzeit von 2017 – 2018 vor. Das Bundesprojekt unterstützt Kommunen und lokale Netzwerke in ganz Deutschland dabei, die Qualität der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung lokal weiter zu entwickeln. In Dessau-Roßlau soll konkret der Frage nachgegangen werden, welche Akteure sich in der Stadt vernetzen müssen, damit das Konzept zur Sprachbildung alle Kinder erreichen kann.
- Des Weiteren liegt eine Zusage zum Projekt „Sprach-Kitas“ für fünf weitere Dessau-Roßlauer Kindertageseinrichtungen vor. Hier ist die Laufzeit von 2017 bis 2020. Damit werden jetzt insgesamt acht Kindereinrichtungen in unserer Stadt für dieses Projekt unterstützt. Die Einrichtungen erhalten über einen Prozesszeitraum von vier Jahren eine zusätzliche Sprachfachkraft, um die Sprachausbildung der Heranwachsenden zu fördern.

Städtisches Klinikum

- Am 25. Februar besuchte uns die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Grimm-Benne anlässlich des „Tages der Seltenen Erkrankungen“ und besichtigte dabei auch das Alters-Traumazentrum. Sie war der Einladung des Beigeordneten Herrn Krause gefolgt.
- Der Aktionstag fand bereits zum siebten Mal im Städtischen Klinikum statt und entwickelt sich inzwischen bundesweit zum größten Selbsthilfetreffen dieser Art. Es waren 40 Selbsthilfegruppen aus der gesamten Bundesrepublik vor Ort und über 100 interessierte Besucher fanden den Weg in das Städtische Klini-

kum. Entsprechend gut besucht waren die Vorträge, Diskussionsrunden und Informationsstände.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Herr Dr. Hunger und Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau sowie Herr Weber, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Stadtrates am 01. Februar 2017 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Vorstellung der Direktorin der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, Frau Mang

Frau Brigitte Mang erhielt das Wort und dankte für die Einladung sowie die wertschätzenden Willkommensworte. Sie brachte Ihre Freude zum Ausdruck, dass sie die Stiftung mit dem Jahresprogramm 2017 und einem stringenten Blick in das Jahr 2018 sowie sich selbst vorstellen darf. Die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz wurde ihrerseits in direkter Nachfolge von Herrn Dr. Thomas Weiss zum 01.02.2017 übernommen. Das Jahresprogramm 2017 liegt vor unter dem Motto „Toleranz, Fürst Franz und Winkelmann.“ Zeitgleich mit ihr hat der neue Abteilungsleiter für Gärten und Gewässer, Herr Michael Keller, den Dienst angetreten.

In den ersten sechs Wochen konnte sie alle Mitarbeiter der Stiftung, die Antrittskonferenz mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Haseloff und den Besuch des holländischen Königspaares im Schloss Oranienbaum begleiten. Die Finalisierung der Vorbereitung des Jahresprogrammes hat sie ebenfalls beansprucht. Auf das am kommenden Wochenende stattfindende Frühlingserwachen in Wörlitz eingehend, verwies sie auf die zu stärkende Kooperation mit allen Partnerinnen und Partnern. Schon vor ihrem Amtsantritt wurden zur Gestaltung der Zusammenarbeit gute Gespräche mit dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten und einigen politischen Vertretern geführt. Das wolle sie fortsetzen. Die Eröffnung des gesamten Schlosses in Wörlitz findet am 30.03.2017 im Beisein des Ministerpräsidenten Dr. Haseloff statt. Erstmals ist auch das Obergeschoss zu sehen, d. h., vom Keller bis ins Belvedere könne alles besichtigt werden. Das Schloss wurde seitens der Stiftung mit originalen Interieurs wunderbar restauriert. In den nächsten Jahren stehen noch Finalisierungsarbeiten an. Ein entscheidender Schritt wurde aber getan, um die Pracht dieses Landsitzes der Aufklärung als Ganzes sehen zu können, verbunden mit einer Buchpräsentation zum Schloss Wörlitz. Auch mit der Stadt Dessau-Roßlau finden verschiedene Medienter-

mine zur Präsentation des Programms zum Fürst Franz Sommer statt, um auch hier die gemeinsamen Interessen der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Am 17.06.2017 wird die Ausstellung „Revolution des Geschmacks - Winkelmann, Fürst Franz und das Schloss zu Wörlitz“ auch mit einer Publikation eröffnet. Diese Eröffnung wird von Herrn Staatsminister Robra vorgenommen bzw. in seiner Vertretung von Herrn Staatssekretär Schellenberger. Diese Ausstellung wird bis Mitte September 2017 im Grauen Haus zu sehen sein und wird durch zahlreiche Führungen und Präsentationen begleitet.

Ein schöner Moment in diesem Jahr ist die Gartentagung „Leopold Friedrich Franz - sein Gesamtwerk nach 250 Jahren“, die in Kooperation mit der Stadt Dessau-Roßlau, dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Netzwerk Gartenträume ausgerichtet wird und zu der international eingeladen wird. Es findet auch die offizielle Verabschiedung von Ludwig Trauzettel statt. Die Festwoche zu Ehren des Herzogs Franz findet mit einer Festmatinee am 09.08.2017 statt und der Gartenreichtag am 12.08.2017. Am 10.09.2017 findet der Tag des offenen Denkmals statt. Hier werden Orte geöffnet, die sonst nicht zu sehen sind. Die Veranstaltungen werden mit Führungen, Konzerten, Filmen und einem reichhaltigen Programm der Stiftung begleitet.

Das Jahr 2018 beginnt mit dem 100-jährigen Jubiläum der Stiftung. Diesbezüglich werden alle politischen und gesellschaftlichen Perioden wissenschaftlich aufgearbeitet, so dass zeithistorisch die Geschichte der Stiftung erkennbar ist. Diese werden publiziert und fließen in das Jubiläumsjahr 2018 ein.

Der zweite Schwerpunkt des kommenden Jahres wird die Präsentation einer sensationellen Südseesammlung mit einer besonderen Geschichte zu Fürst Franz sein.

Sich persönlich vorstellend, erklärte Frau Mang, dass sie aus Wien kommt und dort drei Berufsjahrzehnte absolviert hat. Knapp 10 Jahre hat sie an der Technischen Universität Wien als Universitätsassistentin leitend am Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst gearbeitet. Weitere 10 Jahre hatte sie ein eigenes Büro geführt für historische Gärten, Gartendenkmalpflege und Landschaftsarchitektur. Die letzten 12 Jahre hat sie die österreichischen Bundesgärten mit dem Schlosspark Schönbrunn, Belvederegarten, Burggarten, Volksgarten und Augarten in Wien und Hofgarten und Schloßpark Ambrass in Innsbruck als Direktorin geleitet. Es bestand immer die unbedingte Notwendigkeit fächerübergreifend zu arbeiten, so von der Architektur zur Landschaftsarchitektur, zur Garten- und Baudenkmalpflege, zum Städtebau, zur örtlichen- und überörtlichen Regionalplanung, zur Kunstgeschichte, zur Gartengeschichte, zur Zeitgeschichte etc.

Mit dem Weg nach Dessau-Roßlau ist es ihr möglich, in einer Stiftung leitend als Vorstand und Direktorin zu arbeiten, was 30 Jahre bündelt und eine schöne Herausforderung ist. Sie wohnt in Dessau-Roßlau und hat zwei erwachsene Söhne. Nach Dessau-Roßlau zieht sie die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, das Gartenreich, das Weltkulturerbe und die Herausforderung, in so einer Weltkulturerberegion mit dem Bauhaus und Wittenberg zu arbeiten.

Fragen an Frau Mang wurden nicht gestellt. **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, dankte Frau Mang und überreichte ihr einen Blumenstrauß.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Mau, CDU-Fraktion, zur Sitzung.

Vor Eintritt in die Einwohnerfragestunde begrüßte der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, Schüler aus dem Philantropinum und sprach sich positiv über den verlangten Unterricht und das Interesse am Stadtrat aus.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 17:00 Uhr

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm betonte einleitend, dass es sich um eine Einwohnerfragestunde handelt und laut Geschäftsordnung nicht mehr als drei Fragen in jeweils drei Minuten gestellt werden dürfen. Er bat darum, unter Nennung des Namens und der Wohnadresse vorzusprechen.

Frau Winter, Wäschkestraße 2, Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass die Stadt im Vorfeld des Bauhaus-Jubiläums eine separate Buslinie, die so genannte Bauhaus-Linie, in Betrieb genommen hat. Dies soll dazu dienen, interessierten Besuchern Dessaus die Sehenswürdigkeiten im Zusammenhang mit dem Bauhaus näher zu bringen. Die Stadt Dessau versucht mit dem Bauhaus als Aushängeschild zu werben. Die beste Werbung dafür ist an der Haltestelle Grenzstraße zu besichtigen. Vor einer völlig verwahrlosten, seit Wendezeiten leerstehenden Immobilie an einem mit Unkraut überwucherten Seitenstreifen, wo Dreck und Müll liegen, sollen sich die Gäste Dessaus wohlfühlen.

Sie stellte folgende Fragen:

- **Wer hat entschieden, an genau diesem Ort, der im weiten Umkreis am schlechtesten in Schuss ist, eine Haltestelle einzurichten?**
- **Ist dieser Missstand bei der Einrichtung dieser Haltestelle irgendjemandem aufgefallen? Und wenn ja, wieso ist dieser Missstand dann nicht abgestellt worden?**
- **Was glauben Sie als Verantwortliche, was sich die Touristen für ein Bild von der Stadt an so einem Punkt machen?**

Ein Vorschlag oder Gedanke wäre, diese Haltestelle ein paar Meter weiter in der Südstraße an dem Stahlhaus einzurichten, da dort sowieso Touristenbusse halten, fuhr Frau Winter fort. Es wäre gleichzeitig auch ein Anfang- oder ein Endpunkt der Tour, wenn man durch diese ganzen Bauhausgebäude von Süd/Törten geht.

Herr Ceglarek, Geschäftsführer der DVG erhielt das Rederecht und erklärte, sich der Sache anzunehmen.

Gerlinde Lechler, Alexandrastraße 1, Dessau-Roßlau, bezog sich in ihren Ausführungen auf eine Presseinformation der DWG, Nr. 8/2017 vom 16.03.2017 sowie auf die MZ-Mitteilung vom 18.03.2017. Es gehe darin um die Bürgerinitiative zum Block Friedhofsstraße 22 – 30, die sich gebildet hat, um den Abriss zu verhindern. Vorausgegangen sei 2015 die MZ-Information über den geplanten Abriss in 2019, woraufhin Frau Lechler mit einigen anderen die Initiative „Bürger für Barrierefreiheit“ gegründet hat, um zu ergründen, wie viele Rollstuhlfahrer-Wohnungen existieren und was getan werden muss. Über die Gründung der Initiative erschien am 15.03.2017 eine MZ-Information. Die DWG hat sich gegen die darin stehenden Äußerungen gerichtet. Dazu hat sie einige Fragen, welche Sie dann der DWG übergeben wird. In den Presseinformationen von Herrn Matthias seien Fehler enthalten, welche sie zur Richtigstellung vorbringen möchte. Sie verlas den Abschnitt:

„In dem im Jahr 1981 errichteten Plattenbau des Typs B2 mit insgesamt 50 Wohnungen verfügen lediglich zehn Wohnungen im Erdgeschoss über ebenerdige Zugänge über die Terrasse an der Südseite.“

Der Block ist 1981 errichtet worden, so Frau Lechler, zum Jahr der Behinderten der UNO, ausgeschrieben in 1976. Er wurde von der DDR gebaut mit zehn Rollstuhlfahrer-Wohnungen, 2- und 3-Raum-Wohnungen, ebenerdig von der Straße her. Geplant war damals, hinten über die Terrasse eine ebenerdige Begehung zu schaffen, dies geschah jedoch nicht.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm unterbrach Frau Lechler und bat um ihre Frage.

Frau Lechler fuhr fort, dass nicht nur zehn, sondern alle Wohnungen ebenerdige Zugänge zum Treppenhaus bzw. zum Fahrstuhlschacht haben. Nicht nur zehn Wohnungen, sondern 20 % des Bestandes dieses Hauses sind rollstuhlfahrgerecht mit Terrasse und Garten.

Sie verlas die Presseinformation weiter: „Weder das Gebäude, noch die Wohnungen haben spezielle Umbauten im Sinne einer Barrierefreiheit erfahren.“ Das sei nicht erforderlich, so Frau Lechler, da diese schon 1981 barrierefrei gebaut worden sind. Es haben keine Umbauten stattgefunden. Zum Teil sind die Wohnungen seit 36 Jahren von erstbeziehenden Familien bewohnt.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm unterbrach Frau Lechler erneut und erklärte, ihre Schilderungen seien nicht von solchem allgemeinen Interesse, dass der Stadtrat einbezogen werden müsse. Er entzog ihr das Rederecht und bat sie, sich direkt an die ebenfalls anwesende Geschäftsführerin der DWG, Frau Passlack, zu wenden. Sie könne sich zudem mit den im Verwaltungsrat der DWG sitzenden Stadträten auseinandersetzen, jedoch nicht mit dem gesamten Stadtrat. Er verwies Frau Lechler zusätzlich an Herrn Brachert von der Mitteldeutschen Zeitung. **Frau Lechler** erklärte daraufhin, sie halte die Korrekturen für notwendig, damit alle Bürger der Stadt über die gemachten Fehler Bescheid wissen. Sie bat darum, ihre letzte Frage stellen zu dürfen und erklärte, am Montag mit anderen Personen im Stadtbezirksbeirat Mitte-Süd gewesen zu sein. Dort wurde ihr und anderen nach § 5 der Geschäftsordnung das Rederecht verweigert, da diese nicht Bürger dieses Stadtbezirkes sind. Es sollten nicht nur Bürger, die dort wohnen, sondern auch Interessierte, Gewerbetreibende und Berufstätige reden dürfen. Eine derartige Einschränkung halte sie nicht für gut.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bekräftigte, ihre Meinung zur Kenntnis genommen zu haben, dennoch gelte die beschlossene Geschäftsordnung.

Herr Ginzkey, Alte Leipziger Straße 13, Dessau-Roßlau, verwies auf seine Äußerungen in der Einwohnerfragestunde der letzten Stadtratssitzung am 01.02.2017 bezüglich der ehemaligen Restaurants „Boomsäge“ und „Spahrs Gaststätte“. Er verlas das an ihn gerichtete Schreiben der Stadtverwaltung. **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** unterbrach Herrn Ginzkey, bat ihn, seine Fragen zu stellen und erklärte, dass diese Angelegenheit in den Stadtbezirksbeirat gehört. Dort sei **Herr Ginzkey** laut eigener Aussage mit dem genannten Anliegen bereits gewesen. Hinter ihm stehen 400 Mitglieder der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, welche nun wissen möchten, was bei seinen Anfragen zu den Restaurants herausgekommen ist. Herr Ginzkey hatte mitgeteilt, dass er Herrn Schönemann beauftragt hat, sich mit einem der Eigentümer der „Boomsäge“ in Verbindung zu setzen und zu erörtern, ob es eine Versicherungsfrage ist, dass an dem Restaurant nichts gemacht wird. Bei der ehemaligen „Spahrs Gaststätte“ wird der hintere Teil als Bauraum vom SchwörerHaus genutzt, somit müsse es auch dort einen Eigentümer geben.

Im zitierten Schreiben wurde dargelegt, dass mehrfach versucht wurde, mit dem Eigentümer ins Gespräch zu kommen, erwiderte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Sobald das Gebäude so marode ist, dass es gefährdet ist, hat die Verwaltung zum Schutz der Allgemeinheit die Möglichkeit einzuschreiten. Ansonsten ist das Gebäude Privateigentum, sodass die Stadt nicht darauf zugreifen kann.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss um 17.00 Uhr die Einwohnerfragestunde.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Zehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/009/2017/II-20BTM

Der Beteiligungsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Gemeinsame Erklärung der Stadt Dessau-Roßlau und der Polizei zur Fortführung und Weiterentwicklung der seit Jahren bestehenden Sicherheitspartnerschaft Vorlage: BV/042/2017/II-32

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Ersatzneubau Schwimmhalle Dessau, aktuelle Stand sowie Farb- und Materialkonzept
Vorlage: IV/006/2017/III-65

Der Fachausschuss hat sich darauf verständigt, zukünftig bei gestalterischen Vorgängen früher zu beginnen und Varianten mit den Architekten zu diskutieren, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Hier liegt aber eine entsprechende Qualität vor.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf die öffentliche Anfrage zum Abriss in der Friedhofsstraße. In einer Fraktionssitzung wurde darüber debattiert und es hat ein Telefonat mit der zuständigen Beigeordneten gegeben. Eine Zusammenkunft wird folgen. Seine Fraktion wird sich intensiv mit dem Thema beschäftigen, um gemeinsam mit der DWG eine Lösung zu finden.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte als langjähriges Mitglied des Aufsichtsrates der DWG, dass die DWG in Bezug auf behindertengerechtes Wohnen sehr viel gemacht hat. Es wurde im Aufsichtsrat ein lange diskutiertes, nachhaltiges Entwicklungsprogramm beschlossen. Er erklärte sich ausdrücklich solidarisch mit der Geschäftsleitung der DWG. Es sei traurig für die konkret in der Friedhofsstraße Betroffenen, das wolle er nicht abstreiten. Aber was die DWG in den letzten Jahren für den Stadtumbau geleistet hat, sei nicht zur Politisierung geeignet, nur weil in der Straße eine konkrete Geschäftsentscheidung getroffen wurde.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, verwies auf seine schon vor Jahren gestellte Frage, ob es seitens der Kommune die Möglichkeit gibt, Spekulationsobjekte bzw. Häuser im Abrisszustand, welche eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen, zu reglementieren, beispielsweise durch die Besteuerung. Damals wurde ihm mitgeteilt, dass das nicht geht. Nun wisse er jedoch, dass es ein Maßnahmenpaket im Zusammenhang mit Gefahr im Verzug gibt. **Er stellte die Frage, in wie vielen Fällen und an welchen Objekten Maßnahmen eingeleitet worden sind.** Er regte eine Initiative der Stadt auf Landes- oder gar Bundesebene an, um diese Missstände zu beseitigen.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, ging zunächst auf die Messerstecherei vor dem Rathaus-Center am vergangenen Sonnabend ein und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass das ein Einzelfall bleibt. In Magdeburg wurde der Nahverkehrsservice in Dessau positiv erwähnt. Dessau-Roßlau ist die einzige Stadt, die bezüglich der Elektromobilität bisher bei der NASA GmbH Fördermittel eingereicht hat. Er sprach an dieser Stelle seinen ausdrücklichen Dank an die Stadtwerke aus. Herr Mrosek machte auf Missstände an Kinderspielplätzen in Dessau aufmerksam, welche teilweise in einem maroden Zustand sind. Die Kinder sollten Spaß haben und nicht über Unfallquellen stolpern. Er fragte, **was die Stadt hier in naher Zukunft gedenkt zu tun, dass diese Missstände an öffentlichen Kinderspielplätzen beseitigt werden.** Bezüglich des Projektes „Wilde Mulde“, das erneut durch die Medien ging, hat er sich im Umweltamt von Frau Dr. Kegler davon überzeugen können, dass die Raubäume mit vier Ankern fest im Boden verankert werden. **Da seinerseits Bedenken zu den Steinschüttungen, welche weggebaggert werden sollen, bestehen, stellte er die Frage, ob es dazu ein Planfeststellungsverfahren gibt. Abschließend ging er auf die Schlaglöcher in den Vororten von Dessau ein und bat die Stadt schnellstens zu handeln**, sodass wieder durch Dessau-Mosigkau gefahren werden kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras nahm Bezug auf die Planfeststellung für den Rückbau der Steinschüttungen. Seitens der oberen Wasserbehörde des Landesverwaltungsamtes wird entschieden, ob es ein derart großer Eingriff in diesen natürlichen Fluss ist, dass es eines Planfeststellungsbeschlusses bedarf, sobald die Planungen des Projektträgers soweit fortgeschritten sind. Vorerst liegt die einfache wasserrechtliche Genehmigung für den Einbau der Raubäume vor. Dieser konnte witterungsbedingt noch nicht erfolgen, stehe nun aber an.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte beziehungsweise auf die Kinderspielplätze, dass ein Spielplatzkonzept in Arbeit ist, welches in Kürze auch im politischen Raum vorgestellt wird. Die Thematik wurde bereits mehrfach im Haupt- und Personalausschuss im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte diskutiert.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, positionierte sich zur Bürgerinitiative gegen den Abriss in der Friedhofsstraße. Es gibt im Stadtrat eine fraktionsübergreifende Initiative, unter anderem auch eine Beschlussvorlage zur Revitalisierung des Quartiers. Er machte im Namen der Initiative gemeinschaftlich das Angebot, diesbezüglich eine wohnungspolitische Konferenz mit allen Beteiligten zu organisieren, um das Problem nicht in Schuldzuweisungen münden zu lassen, sondern in Lösungen für die Menschen vor Ort.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte im Namen seiner Fraktion an, dass am 13.02.2017 über die Ostrandstraße im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung diskutiert wurde. Erst auf Nachfrage wurde von der Verwaltung erklärt, dass der Punkt 3 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016 mit der Nr. BV/123/2016/StR durch die Verwaltung nicht umgesetzt wurde:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes oder, wenn erforderlich, in einer ergänzenden Untersuchung, die

entlastende Wirkung der Ostrandstraße mit Einbindung der Walderseestraße unter der Beachtung einer erhöhten Geschwindigkeit, für die Ostrandstraße, analog der anderen Tangenten, zu ermitteln. Ergebnisse sind bis spätestens Dezember 2017 vorzulegen.“

Diesbezüglich erklärte **Herr Otto**, dass die Verwaltung bewusst Widerstände in die Ostrandstraße einbaut, in dem sie die Geschwindigkeit im Gegensatz zu allen anderen Umgehungsstraßen niedrig ansetzt und das dortige Verkehrsaufkommen herunterfährt. **Deshalb fordert er die unverzügliche Realisierung des Stadtratsbeschlusses vom Mai letzten Jahres.**

Des Weiteren ging er auf den Kühnauer Park als Teil des Weltkulturerbes ein. Dieser ist auch entlang der Weg durch Wildschweine komplett umgepflügt worden. Die Schollen sind zum Teil auf die Wege geworfen worden, sodass selbst auf dem internationalen Radwanderweg, auch außerhalb des Parks nun die Erdschollen liegen. **Bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 29.03.2017 möchte er von der Verwaltung ein Konzept vorgelegt bekommen, wie das Problem beseitigt werden kann.** Er geht davon aus, dass die Wildschweinschäden auf den Hochwasserwällen bei den Deichschauern behandelt werden. Im Rahmen einer Deichschau hatte er bereits vor zwei Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass für das Jahr 2013 noch keine Hochwassermarken gesetzt wurden, obwohl es ein höheres Hochwasser als 2002 war. Die Zuständigkeit war bei der Begehung noch unklar. **Er appellierte, dass auch für 2013 Hochwassermarken gesetzt werden, so wie es für 2002 getan wurde.**

Herr Oberbürgermeister Kuras betonte, den Vorwurf zur BV/123/2016/StR nicht im Raum stehen lassen zu können. Man müsse sich noch einmal mit der Beschlussvorlage auseinandersetzen, was bereits besprochen wurde. Die Verwaltung wird sich dazu nochmals äußern.

Herr Otto erklärte, dass die Beschlussvorlage eindeutig und bewusst so beschlossen worden ist, weil die Einreicher bereits vermutet haben, dass die Stadt mit reduzierter Geschwindigkeit den Widerstand für den Verkehr erhöht. Die Strecke ist über die Walderseestraße und die Ostrandstraße 700 m länger als durch die Karlstraße. Mit 700 m bei einer höheren Geschwindigkeit und bei viel weniger Ampeln wird die Straße in jedem Fall von den Kraftfahrern angenommen, so quälen sich diese nicht durch das Nordviertel. In früheren Jahren waren im Nordviertel immer Maßnahmen vorgesehen, um dort den Verkehr zu verlangsamen und das Durchfahren zu erschweren. Auch das sei nicht mehr gemacht worden, daher sage er, es sei seitens der Verwaltung bewusst so gemacht worden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, erklärte, in Vorbereitung auf diese Stadtratssitzung und im Rückblick auf die aktuellen Vorgänge in den Ausschusssitzungen habe sie den Begriff „Demokratie“ gegoogelt. Alle Stadträte sind von Bürgern dieser Stadt gewählt worden, um deren Interessen zu vertreten. Daher könne sie nicht nachvollziehen, warum ihre Fraktion bei Vorschlägen und Entscheidungen außen vor gelassen wird. Bezugnehmend auf die Landesgartenschau – ein Projekt, welches jeden Bürger dieser Stadt betrifft und wo jeder Bürger das Recht hat, zu erfahren, was sein politischer Vertreter dafür oder dagegen unternimmt – ist es mehr als undemokratisch, die Bürger außen vor zu lassen. Die AfD ist nicht in den Brief der fünf größten

Fraktionen des Stadtrates einbezogen worden, mit der Bemerkung die AfD würde es öffentlich machen. Sie bat die Stadträte nochmals nachzudenken, wer im Sinne der Bürger handelt.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, berichtete, kürzlich einem Gewerbetreibenden in der Johannisstraße den Vorschlag gemacht zu haben, am Verfügungsfond teilzuhaben, welcher für das ganze Gebiet gilt. Dabei sei ihm eingefallen, dass der Stadtrat vor geraumer Zeit beschlossen hat, bezüglich der Verwendung der Mittel eine etwas offensivere Gangart einzulegen. Er schlug vor, den Gewerbetreibenden in einer Zusammenkunft das vorzustellen und mit ihm über die Umsetzung des Fonds zu sprechen. **Herr Meier fragte nach dem aktuellen Stand, wie die Dinge öffentlich progressiver gehandhabt werden, damit das Geld im ASO-Gebiet sinnvoll eingesetzt werden kann.**

Des Weiteren hielt er es für angebracht, der Spielplatz-Initiative und dem Stadtpflegetrieb für das langjährige Engagement an den Spielplätzen zu danken. Diese scheuen keine Mühe, um die Spielplätze in Ordnung zu halten, Spielgeräte zu ersetzen und – soweit möglich – neue einzubauen. So seien in der Ziebigker Straße mehrere neue Geräte aufgestellt und andere ersetzt worden. Wenn solche Einwürfe (wie von Herrn Mrosek) kommen, würde er konkrete Beispiele bevorzugen und wünschte sich, dass jene, die solche Kritik äußern, mit denen reden, die sich seit Jahren für die Spielplätze engagieren. Unkonkrete Einwürfe bedauere er.

Zum Thema Verfügungsfond erklärte **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, dass sich dieser in der Zuständigkeit des Amtes für Wirtschaftsförderung befindet. Die Bekanntmachung des Fonds müsse stets wiederholt und zudem intensiviert werden. Zugunsten von dringend zu stellenden Förderanträgen wurde die Bekanntgabe etwas zurückgestellt.

Der Redebeitrag von Herrn **Herr Grey, NPD-Mitglied**, ist **wörtlich widergegeben**: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte die Stadt und die Stadträte heute beglückwünschen, vor allem diejenigen, die schon seit Jahrzehnten hier anwesend sind. Endlich geht ein Teil der Saat auf, an der Sie so lange mühevoll gearbeitet haben. Nicht nur, dass die Stadt im Ranking zweimal hintereinander den letzten Platz belegte, nein, inzwischen werden auch Schulkinder von Ausländern ins Krankenhaus geprügelt, siehe Schule am Wasserwerk oder Familien, welche zum Einkaufen nach Dessau gekommen sind, am helllichten Tage von Asylanten mit Messern angegriffen. Letztere setzt man nach einer kurzen Personalien-Feststellung wieder auf freien Fuß, obwohl es sich hier bereits um mehrfach auffällige und polizeibekannt Typen handelte. Welche Maßstäbe hier von der sogenannten Staatsanwaltschaft angelegt werden, strotzt jeder Beschreibung. Während deutschen Bürgern unter Vortäuschung falscher Tatsachen mit richterlichem Beschluss die Häuser durchsucht werden, – ich war im letzten Jahr höchstpersönlich bei so einer Aktion des Staatsschutzes als Augenzeuge anwesend – dürfen sich ausländische...“

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm unterbrach Herrn Grey mit der Begründung, dass die angesprochenen Sachen nicht im Einflussbereich des Stadtrates und der Stadtverwaltung liegen.

Dem widersprach **Herr Grey** und bat Herrn Ehm, ihn – wie alle anderen auch – ausreden zu lassen. Er fuhr mit seinen Ausführungen fort: „Diese kriminellen Elemente werden dann auch noch von der lokalen, Schmierjournalie in Schutz genommen. Ich persönlich rege mich darüber aber nicht mehr so doll auf, denn es scheint, die Mehrheit der Bevölkerung, die etablierte Politik und auch die Opfer selbst sind noch nicht an der Leidensgrenze angelangt. Wahrscheinlich müssen die Straßen erst von Toten gesäumt werden, ja, oder die Stadträte und andere Anwesende erst in direktem oder indirektem Kontakt mit solchen Leuten treten. Wenn nach der Bundestagswahl im Herbst die 6 Mio. Afrikaner, die heute noch an den Grenzen Europas zurückgehalten werden, nach Europa kommen und damit auch nach Dessau, werden sich hier die Zustände sicher massiv ändern. Wenn es dazu führt, dass die etablierte Politik hinweggefegt wird, sollen sie gerne kommen. Wir halten uns in derzeitigem Zustand an Leuten, wie den Linkspolitiker Sven Liebich aus Halle, der mit Losungen auftritt: ‚Mehr Flüchtlinge, mehr Flüchtlinge, dafür weniger Löhne und weniger Renten‘. Danke.“

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm wies darauf hin, dass die Redezeit von Herrn Grey zu Ende ist und er sich nachträglich in die Anwesenheitsliste eintragen möge.

Nach kurzer Diskussion erhielt **Herr Grey** nochmals das Wort. Auf den Trauermarsch eingehend, dankte er ausdrücklich dem Ordnungsamt und den Polizeikräften dafür, dass sie sich an die vereinbarten Absprachen gehalten haben, die in den Kooperationsgesprächen sehr sachlich geführt wurden. Deshalb hat das auch super funktioniert. Dass der Trauermarsch vor dem Bauhaus gelandet ist, ist den Vertretern des Bündnisses für Demokratie zu verdanken, wofür er sich bedankt, denn hätten sie gewusst, dass das so einen Anklang findet, wären sie dort schon viel eher aufgeschlagen. Er versicherte, dass man sich dort noch öfter sehen wird.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

8 Beschlussfassungen

8.1 Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Seniorenbeirates gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/018/2017/V-50

Beschluss:

Als stimmberechtigtes Mitglied des Seniorenbeirates wird Herr Falk Bolze berufen.

Herrn Bolze wurde die Berufungsurkunde sowie ein Blumenstrauß überreicht

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre einschließlich Änderungen **Vorlage: BV/060/2017/II-20**

Die Tagesordnungspunkte 8.2 und 8.3 wurden gemeinsam beraten.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläuterte, dass nunmehr der im Haushaltsausschuss am 08.03.2017 mit seinen kompletten Änderungen abgestimmte Haushaltsentwurf für 2017 und das dazugehörige Konsolidierungskonzept zur Entscheidung vorliegen. Vorausgegangen ist eine sehr intensive Beratung in allen Fachausschüssen sowie in mehreren Sitzungen des Haushaltsausschusses. Deshalb werde nur auf die wesentlichen Dinge eingegangen. Die Erträge im Ergebnisplan haben sich auf insgesamt **223.173.800 EUR** reduziert. Die Aufwendungen haben sich mit insgesamt **227.536.800 EUR** ebenfalls gegenüber dem Entwurf reduziert. Damit beträgt das Defizit für 2017 **4.363.000 EUR** und ist somit **774.200 EUR** höher gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vom 7. Dezember 2016, aber **2.339.000 EUR** niedriger gegenüber dem Haushaltsplandefizit 2016.

Folgende Änderungen sind für die Erträge ausschlaggebend:

Auf Grund der neuen Orientierungsdaten vom Land vom 15.12.2016 wurde die Höhe der Schlüsselzuweisungen angepasst und erhöht sich um **203.000 EUR**. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde ebenfalls um **347.900 EUR** höher veranschlagt. Die Ausgleichsleistungen des Landes SGB II-Sonderbedarfsergänzungszuweisungen, gemäß 11 des Finanzausgleichsgesetzes reduzieren sich um **415.000 EUR**. Die Fördermittel für den Breitbandausbau wurden an das Ausschreibungsergebnis angepasst und um **5.140.000 EUR** reduziert. Die Zuweisungen des Landes für den Rückbau wurden entsprechend der aktuellen Fördermittelbescheide um **659.100 EUR** erhöht.

Für die künftigen zusätzlichen Leistungen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz wurden Erstattungen vom Land in Höhe von **911.500 EUR** eingestellt. Da es sich hierbei um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handelt, wurden darüber hinaus zusätzlich noch Erstattungsleistungen vom Land in Höhe von **879.300 EUR** für die Mehraufwendungen in den Haushalt eingestellt. Dieser Betrag korrespondiert mit drei zusätzlichen Konsolidierungsvorschlägen, nämlich Nr. 11125, 11146 und 34110-1, da bisher keine konkreten Regelungen zur Refinanzierung für die zusätzlichen Folgeaufwendungen getroffen wurden. Nach dem Konnexitätsprinzip wurde dies als Erwartungshaltung an das Land formuliert.

Auf die wesentlichen Änderungen bei den Aufwendungen eingehend, erläuterte Frau Bürgermeisterin Nußbeck, dass durch das geänderte Unterhaltsvorschussgesetz,

das mit Wirkung zum 1. Juli 2017 in Kraft tritt, Mehraufwendungen beim Unterhaltsvorschuss in Höhe von **1.367.300 EUR** sowie Mehraufwendungen für das Personal zur Umsetzung in Höhe von **423.500 EUR** zu planen sind. Zuschüsse an die Wohnungsunternehmen für den Rückbau wurden in Höhe von **695.100 EUR** geplant. Ebenso wurden **152.000 EUR** für die Dacheindeckung der Familienobdachlosenunterkunft neu veranschlagt. Neu im Haushalt sind **193.800 EUR** Defizitausgleich für die Kita Rodleben und der Zuschuss auf Grund der Geschwisterermäßigung. Bei den Aufwendungen gleichermaßen wie bei den Erträgen wurde der Planansatz für den Breitbandausbau in Höhe von **5.140.100 EUR** angepasst.

Aus den Haushaltsberatungen der letzten Wochen wurden die von den **Stadträten gefassten Beschlüsse aufgenommen**, wie die zusätzlichen Haushaltsmittel für die **Sanierung des Kornhauses, der Zuschuss an das Projekt „Helfende Hände“**, die Zuschüsse an die Sportvereine **TUS Kochstedt und SV Dessau 05**, weitere Haushaltsmittel für die **Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes, für die Arbeitsmarktförderung sowie der Zuschuss an den Wasserturm e. V.**

Unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen in einem Gesamtumfang von 6.780.000 EUR bis zum Jahr 2022 sowie der Verbesserung der Jahresergebnisse 2013 – 2016 gelingt es der Stadt Dessau-Roßlau mittelfristig, den gesetzlich geforderten Erhalt des Eigenkapitals nachzuweisen.

Veränderungen hat es auch noch einmal im Investitionsplan gegeben:

Die Investitionssumme beträgt nunmehr **46.928.700 EUR** und ist damit um **4.415.400 EUR** niedriger gegenüber dem Entwurf vom 17. Dezember 2016. Hierbei handelt es sich jedoch im Wesentlichen um Verschiebungen aus dem Vorjahr in das Folgejahr bzw. um Anpassungen aus den Förderprogrammen, wie z. B. STARK III. Die Änderungslisten sind in den Unterlagen auf den Seiten 83 bis 86 dargestellt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf **3.178.400 EUR** festgesetzt. Trotz der sehr hohen Kreditneuaufnahmen in den nächsten Jahren von insgesamt über 30 Mio. EUR, wird die Verschuldung der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2022 nicht höher sein als heute, weil die Tilgung in dem genannten Zeitraum auf dem bisherigen hohen Niveau fortgesetzt wird.

Für diese Kreditaufnahmen gilt, dass die Kredite im Rahmen des STARK III-Programms nur aufgenommen werden können, wenn die entsprechenden Bewilligungen für die einzelnen Maßnahmen vorliegen. Eine Verwendung der Kreditermächtigung im Rahmen der allgemeinen Deckung wird ausgeschlossen. Die Kreditaufnahme für den Neubau der Kita in Ziebigk durch den Eigenbetrieb DEKITA erfolgt insoweit, wie die Realisierung der Maßnahme erfolgt. Eine Verwendung der Kreditermächtigung im Rahmen der allgemeinen Deckung wird ebenfalls ausgeschlossen. Die Kreditaufnahme für sonstige städtische Maßnahmen ist abhängig vom Zuschlag für die Stadt Dessau-Roßlau für die Landesgartenschau.

Für die Umsetzung von STARK III-Maßnahmen im Bereich der Kindereinrichtungen sind anteilige Kreditaufnahmen auch durch die freien Träger notwendig. Aus diesem Grund werden erstmalig Schuldendiensthilfen ab 2017 geplant, da die Stadt die Refinanzierung dieser zweckgebundenen Darlehen übernimmt.

Auf der Seite 271 sind die Sperrvermerke für den Finanzplan investiv, die im Wesentlichen zwei Grundsatzentscheidungen begründen, aufgeführt. Zum einen die Erteilung des Zuschlages für die Landesgartenschau 2022 und zum anderen die Beschlussfassung des Kulturentwicklungsplanes der Stadt.

Auf die Haushaltssituation und die mittelfristige Zukunft eingehend, verwies Frau Bürgermeisterin Nußbeck darauf, dass die Stadt Dessau Roßlau zum Ende des kameralen Zeitalters am 31.12.2012 aus den Vorjahren immer noch Sollfehlbeträge in Höhe von rund. 31 Mio. EUR hatte. Diese konnten in den letzten Jahren durch gute Jahresergebnisse auf unter 10 Mio. EUR reduziert werden und es wurden vor allem **keine neuen Verluste** erwirtschaftet. Festzuhalten ist dabei allerdings, dass - mit Ausnahme des Jahres 2013 – die Stadt kein einziges Mal einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen konnte. Die Ergebnisverbesserungen resultieren im Wesentlichen aus der jährlichen Haushaltssperre und aus einer restriktiven Personalpolitik. Parallel dazu wurden die Kreditschulden der Stadt auf ein Drittel reduziert, indem deutlich höhere Tilgungsleistungen in den einzelnen Jahren erfolgten, was uns in Zukunft bei Zins und Tilgung entlasten wird.

Insgesamt hat sich der städtische Haushalt bis 2016 konsolidiert und positiv entwickelt. Ein anspruchsvolles Investitionsprogramm in Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum 2019 ist geplant und die Stadt hat sich mit einem ambitionierten Konzept um die Landesgartenschau 2022 beworben. Das bedeutet aber, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und sich nicht in einer Vielzahl von Themen zu verlieren. Das Bauhausjubiläum und auch die Landesgartenschau bedeuten große Chancen für die Stadt. Gleichzeitig binden sie erhebliche Verwaltungskraft, die daneben noch viele weitere Projekte umzusetzen haben, wie bspw. die Fertigstellung der Schwimmhalle, die Fertigstellung der Sanierung des Schlosses Georgium, die Schulsanierungen aus dem STARK III-Programm, den Neubau der Sporthalle am Gropius-Gymnasium, viele Straßenerneuerungen, allen voran die Kavalierstraße und vieles andere mehr.

Auch wenn im Jahr 2017 möglicherweise mit der Auflage einer Haushaltssperre durch die Kommunalaufsicht zu rechnen ist, bedeutet dies gegenüber der derzeitigen Einschränkung der vorläufigen Haushaltsführung größere Freiheiten in der Mittelbewirtschaftung. Für den Neubeginn von Investitionen wird mit einem genehmigten Haushalt gegenüber der vorläufigen Haushaltsführung eine deutliche Verbesserung erreicht.

Insofern ist es von großer Bedeutung, dass der Stadtrat heute dem Haushalt und dem Konsolidierungskonzept, ohne dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist, zustimmt.

Die Prüfaufträge der Fraktionen aus den Haushaltsberatungen wurden in der Anlage auf den Seiten 369/370 zusammengefasst und werden im laufenden Jahr abgearbeitet.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck dankte für die konstruktiven Beratungen und bat um Zustimmung zum Haushaltskonsolidierungskonzept und zum Haushalt für das Jahr 2017.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, die Beschlussfassung des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bedeutet eine Investition in die Zukunft mit 256 Mio. €. Alleine für die Schulen sind 42 Mio. € eingeplant und für die Dessauer Kindertagesstätten noch einmal 30 Mio. €. Die Fraktionen haben in den Haushaltsausschusssitzungen gemeinsam mit der Verwaltung eine sehr gute Arbeit geleistet. In dieser Stadt könne mit dem Haushalt viel vorangebracht werden. Er erinnerte an die gemeinsam erarbeiteten und getragenen Vorschläge der Fraktionen Die Linke, Liberales Bürgerforum/Die Grünen, Pro Dessau-Roßlau, der CDU und seiner Fraktion.

Gemeinsam wurde festgelegt, was in den nächsten Jahren für unsere Stadt zu tun ist. Als Beispiele nannte Herr Eichelberg die Planung der Nordumgehung, das Budget für die Ortschaftsräte und für die Stadtbezirksbeiräte, die Nachwuchsförderung für Dessau 05 und den Zuschuss für eine Heizungsanlage für den TUS Kochstedt sowie den Zuschuss für das Nordmannfest in Mildensee. Besonders wichtig war der Zuschuss für die Arbeitsmarktförderung des 2. und 3. Arbeitsmarktes. Diesbezüglich werden seitens der Kommune noch mehr Initiativen erwartet, da ansonsten erhöhte Kosten der Unterkunft auf die Stadt zukommen, denn wenn die hilfebedürftigen Menschen nicht auf dem 1. Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen, werden die Kosten nicht weniger. Er ist bereit seine Erfahrungen hier mit einzubringen. Weiterhin wurde der Prüfauftrag der SPD-Fraktion zur Einführung einer kostenlosen Frühstücksvorsorgung in den Kindereinrichtungen aufgenommen, denn es besteht eine soziale Verantwortung. Nicht unerwähnt bleiben soll dabei, dass die Fraktion Die Linke schon vor längerer Zeit einen weitergehenden Antrag gestellt hat. Beide Fraktionen sind bereit, die Initiative zu ergreifen, um in Zukunft diesbezüglich etwas auf den Weg zu bringen. Auch die Frage, ob die Stadt den Zuschlag für die Durchführung der Landesgartenschau erhält, hat in den Beratungen zum Haushalt eine Rolle gespielt. Hierzu wurden seinerseits mehrere Gespräche mit Staatssekretären, mit dem Wirtschaftsminister und mit dem Landesvorsitzenden der SPD geführt. Er sprach den Fraktionen im Landtag für die aktive Unterstützung seinen Dank aus. In der nächsten Woche findet ein Gespräch mit dem Wirtschaftsminister, dem Oberbürgermeister und dem Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur statt. Es bestehen Chancen, hier Mittel für unsere Stadt zu akquirieren. Er dankte Frau Nußbeck und Frau Wirth für diesen Haushalt, dem die SPD-Fraktion zustimmen wird.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf das in diesem Jahr stattgefundene einvernehmliche Miteinander, was in der Prägung einmalig war. Es ging nicht nur um die Zusammenstellung von Anträgen, sondern um das gemeinsame Entwerfen von Lösungen und entsprechenden Entwicklungen. Einmal im Jahr, also jetzt, ist man in der Lage Weichen zu stellen. Alles andere ist die Umsetzung durch Maßnahmebeschlüsse u. a. Gestalterische Komponenten kommen also zu allererst über den Haushalt zustande. Es hat eine konstruktive gemeinsame Erarbeitung in den Ausschüssen und in der Vorbereitung stattgefunden. Die Eröffnungsbilanz zeigt Fortschritte. Das Personalentwicklungskonzept, lange Jahre eingefordert, bekommt Kontur. Das Kulturentwicklungskonzept der Stadt ist in Arbeit, wenn es sich momentan auch etwas zäh entwickelt. Es sind erhebliche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren. Bisher noch nicht genannt wurde das Projekt des trimodalen Zentrums in Roßlau (Hafen), welches auch eine besondere Betreuung und Begleitung erfahren muss, weil diese langwierigen Prozesse jetzt ökonomisch zwingend notwendig sind. Es geht darum, wie der Standort bezüglich seiner Entwicklung aussieht und welche Impulse die Stadt im einzigen Industriegebiet der Stadt vorhält. Erfreulich sind die Aspekte der Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten und die komplexe Lösung Kavallerstraße/Bauhausmuseum. In diesem Zusammenhang wird auch die Landesgartenschau gesehen. Die Fraktion steht, unabhängig, wie sich die Entwicklung abzeichnet, hinter diesem Projekt. Wenn die Stadt den Zuschlag nicht erhält, werde man offensiv mit den konstruktiven Vorschlägen, die einmal auf den Weg gebracht wurden, umgehen, um am Ende das, was in diesem Zusammenhang bitter nötig war, Schritt für Schritt umzusetzen. Seinerseits wurden einige Aspekte in die Diskussion zum Haushalt eingebracht, wie die Soforthilfe für die Heizung in Kochstedt.

Da es auch um die Gestaltung geht, müssen vorausschauend auf den Haushalt 2017/2018 bereits entsprechende Weichen gestellt werden. Dazu sind die von Frau Nußbeck genannten Prüfaufträge

ausschlaggebend. Hier sind zum einen die Zusammenführung aller Projekte und Maßnahmen in Vorbereitung des Bauhausjubiläums zu nennen und das Kornhaus mit seinem Umfeld so auf den Punkt zu bringen, dass es 2019 einen würdigen Beitrag zum Jubiläum bietet. Zum anderen wurden Maßnahmen zur Sanierung des Rathauses auf den Weg gebracht, insbesondere die Sanierung des Ratsaales 2018. Große Mühe habe man sich bezüglich der Spielplatzkonzeption gegeben. Hier wurde ein kleiner Etat (20.500 €) für Sofortmaßnahmen bereitgestellt, was derzeit noch geprüft wird, aber realisierbar ist. Hinzu kommt die Unterstützung des Antrages zum LAB-Projekt (Partnerschaft für Demokratie, Initiative buntes Roßlau). Auch hier ist eine entsprechende Begleitung notwendig. Ein Sachkostenbudget für die Schulen ist in der Prüfung. Wichtig sei neben der Grundversorgung in den Kindertagesstätten auch die Freibadkonzeption des Stadtgebietes, wofür momentan für die Saison 2017 noch kein durchgängiger Plan existiert. Die Fraktion wird dem Haushalt und dem Konsolidierungskonzept zustimmen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, dankte der Verwaltung und den anderen Fraktionen für die kooperative Zusammenarbeit. In den Debatten konnte sich jeder verwirklichen. Nachdem seit Jahren für eine Turnhalle für das Walter-Gropius-Gymnasium gekämpft wurde, ist nun für die Finanzierung eine Möglichkeit gefunden worden, was ein Erfolg für die Stadt ist. Auch die längst überfällige Erweiterung der Regenbogenschule ist jetzt im Haushalt fixiert. In der Debatte um die Landesgartenschau wurde seitens seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass mit ihnen keine Kürzung im sozialen Bereich erfolgt. Deshalb wurde der Antrag für die „Helfenden Hände“ gestellt. Er geht davon aus, dass durch das Engagement im Haus die „Helfenden Hände“ einen Platz im Haushalt 2018 finden werden. Auch auf Grund ihrer Initiative erhalten TUS Kochstedt und SV 05 die Zuschüsse. Ihr Anliegen war auch die Überarbeitung der Sportförderrichtlinien, damit Vereine individuell gefördert werden können und auch Vereine gefördert werden, die sich nicht in städtischen Einrichtungen betätigen. Auch die Stadtfeste waren ein Thema. Er dankte dafür, dass eine Möglichkeit gefunden wurde, diese weiter zu finanzieren und zu unterstützen. Bezüglich der Ostrandstraße werde die Fraktion nicht locker lassen. Für die Möster Straße wurde ein Prüfauftrag erteilt, hier ist der kombinierte Fuß- und Radweg überfällig. Der Kulturentwicklungsplan müsse in diesem Jahr endlich vorliegen, um 2018 in der Haushaltsdebatte konkret damit arbeiten zu können. Deshalb bat er Herrn Dr. Reck darum, das Verfahren zu beschleunigen.

Abschließend brachte Herr Adamek seine Freude auf die nächsten Haushaltsdebatten, die Umsetzung der Prüfaufträge, die intensiven Gespräche zur Umsetzung der Ostrandstraße, die weitere Unterstützung der „Helfenden Hände“ und die Weiterführung der Feste in Dessau-Roßlau zum Ausdruck.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, dankte ebenfalls der Verwaltung und den Stadträten für den vorliegenden Haushalt. Sie verwies jedoch darauf, dass der Haushalt zu einem großen Teil auf Steuereinnahmen basiert, was Gelder sind, für die jeder der hier Anwesenden arbeiten geht. Deshalb müsse darauf geachtet werden, dass die Investitionen, die Ausgaben und die Fördermittel ihrer Bestimmung zukommen und dass von den Empfängern nachgewiesen wird, dass die Zuweisungen auch tatsächlich für den bestimmten Zweck ausgegeben wurden. Die AfD-Fraktion hat das in der Vergangenheit getan und wurde dafür oft schief angeschaut. Hier gehe es nicht um einzelne Personen oder Firmen, welche sie vielleicht nicht mögen und auch nicht um politische Eitelkeiten, sondern um das Geld aller. Deshalb forderte sie alle Stadträte und die Verwaltung auf, ein wachsames Auge auf die Umsetzungen und die Abrechnungen zu haben, denn die letzten Wochen haben gezeigt, dass das notwendig ist.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sprach als Vorsitzender des Finanzausschusses, als Stadtrat und im Namen seiner Fraktion. Er schloss sich dem Dank an die Verwaltung an, denn es war eine vertrauensvolle und hervorragende Arbeit. In seiner nunmehr 25-jährigen Gremienzugehörigkeit hatte er die Gelegenheit, kollegial mit den Stadträten diesen Weg zu gehen. Dass er

das als Vorsitzender des Finanzausschusses tun darf, freue ihn besonders. In Deutschland gebe es kaum Städte, die so etwas geleistet haben. Herr Otto und Herr Kessing haben seinerzeit 110 Mio. € Schulden hinterlassen, die innerhalb von 10 Jahren abgebaut werden konnten. Frau Nußbeck hat etwas geleistet, was er hätte niemals schaffen können, weshalb er dankbar ist, dass er seinerzeit nicht als Finanzdezernent gewählt wurde.

An Herrn Grey gewandt legte er dar, er möchte ihm als „Quotennazi“ sagen, dass er sich in den vergangenen Monaten hätte inhaltlich mit dem Haushalt beschäftigen und einmal etwas dazu sagen sollen. Zu Beginn der Wahlperiode hatte er versucht, normal mit Herrn Grey als Stadtratskollegen zu sprechen. Bis heute sei Herr Grey aber nicht auf diesen Stadtrat zugekommen und habe nicht begriffen, was Kommunalpolitik ausmacht. Kommunalpolitik ist harte Arbeit, um am Ende so einen jetzt vorliegenden Haushalt zu haben mit einem Investitionsanteil von über 20 % und 256 Mio. € bis zum Jahr 2022. Mit diesem Haushalt wird gezeigt, was Verantwortung ausmacht, nämlich nicht nur zu verwalten, sondern gemeinsam kollegial für die Bürger, für unsere Kinder und für die Zukunft zu investieren. Von diesem Haushalt müsse ein positives Signal ausgehen und er hoffe, dass der Haushalt einstimmig beschlossen wird.

Frau Perl, SPD-Fraktion, bemerkte, es sei ungerecht, die Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten so zu benachteiligen. Es stellt sich die Frage, ob die Kollegen aus den Ortschaften überhaupt wissen, mit welchen Problemen sich die Stadtbezirksbeiräte herumschlagen müssen. Diese kümmern sich um die sozialen Probleme, den Stadtumbau, Probleme bezüglich der Neuvertragsmieten, um Jugendliche ohne Hauptschulabschluss usw. und in den Ortschaften sind Ortschaftsassistenten tätig. Sie, Frau Perl, redet nicht über das Budget von Heimatfesten, denn sie hat keine andere Heimat als jemand in Kochstedt oder Kühnau. Sie ist Dessauerin und erwartet, dass sich eine Kommune dieser sozialen Verantwortung stellt. Sie werde dem Haushalt zustimmen, jedoch müsse diese Ungerechtigkeit in Zukunft behoben werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erwähnte, dass dieser Schuldenabbau in dem Umfang nur möglich war, weil das Land mit einer strikten Vorgehensweise die Kommunen unterstützt hat, so dass wir heute so dastehen können.

Beschluss:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre (siehe BV/473/2016/II-20) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:01:00

8.3 Haushaltssatzung 2017 einschließlich Änderungen Vorlage: BV/061/2017/II-20

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 (und damit den Ergebnisplan 2017, den Finanzplan 2017, die Teilpläne 2017 und den Stellenplan) gemäß

BV/475/2016/II-20 einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe Anlagen).

Abstimmungsergebnis: 38:01:02

In der Zeit von 18:11 Uhr bis 18:30 Uhr wurde eine Pause durchgeführt. Während der Pause verließen Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke und Herr Pietzsch, CDU-Fraktion die Sitzung.

Der Vorsitzende des Stadtrates dankte dem Küchenleiter des Städtischen Klinikums und seinem Team für die Pausenversorgung.

**8.4 Umstellung des Sitzungsdienstes auf elektronisches Verfahren im SessionNet
Vorlage: BV/002/2017/II**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichten Austauschblätter.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, ging auf die intensive Diskussion zum Beschlusspunkt 3 der Beschlussvorlage in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 08. März 2017 ein. Hier ging es darum, ob wirklich alle Mitglieder des Stadtrates ein Gerät von der Stadt benötigen, oder ob es möglich ist, dass die Stadträte sich eigene Technik beschaffen und dafür einen bestimmten Wert erstattet bekommen. Im Nachgang der Beschlussfassung wurde seitens der Verwaltung eine Abstimmung zugesagt.

Im Ergebnis dieser gemeinsamen Abstimmung wird eine Änderung zum Beschlusspunkt 3 eingereicht. Diese Änderung wurde den Fraktionen bereits vorab zur Kenntnis gegeben und liegt heute wie folgt vor:

Änderung des Beschlusspunktes 3: Den Mitgliedern des Stadtrates werden auf Wunsch zur Nutzung des SessionNet Geräte zur Verfügung gestellt. Stadträte, die darauf verzichten, erhalten nach Vorlage des Nachweises für den Kauf eines neuen Gerätes, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von maximal 700,00 EUR und verzichten damit auf eine Betreuung sowie eine Wartung durch die IT-Abteilung der Stadtverwaltung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung der ausschließlich digitalen Bereitstellung der Sitzungsunterlagen für den Stadtrat und seine Ausschüsse ab 1. Oktober 2017.

Vorbehaltlich einer mindestens 90 % (=45 Stadträte) Teilnahme an der Verfahrensweise.

2. Hierzu geben alle Stadträte bis **zum 15. April 2017** ihr schriftliches Einverständnis zur der unter Punkt 1 dargestellten Verfahrensweise und schaffen die technischen Voraussetzungen zur Nutzung des Internets für ihren Hauptwohnsitz.
3. Den Mitgliedern des Stadtrates werden auf Wunsch zur Nutzung SessionNet Geräte zur Verfügung gestellt. Stadträte, die darauf verzichten, erhalten nach Vorlage des Nachweises für den Kauf eines neuen Gerätes, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von maximal 700,00 € und verzichten damit auf eine Betreuung sowie eine Wartung durch die IT-Abteilung der Stadtverwaltung.
4. Die Kosten in Höhe von 95.000,00 € werden im Haushaltsjahr berücksichtigt.
5. Ortsbürgermeister, die nicht Stadtrat sind, Sachkundige Einwohner und Vorsitzende der Stadtbezirksbeiräte, können wie bisher SessionNet nutzen. Es erfolgt jedoch keine Technikgestaltung.

Abstimmungsergebnis: 36:02:01

**8.5 Bebauungsplan Nr. 219 „Luchplatz“/Abwägungs- und erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/494/2016/III-61**

Beschluss:

1. Die während der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 Baugesetzbuch (BauGB) zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 219 „Luchplatz“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist. Diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, sind vom Ergebnis der Beschlussfassung zu unterrichten.
2. Der auf der Grundlage dieser Abwägung geänderte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 219 „Luchplatz“ in der beiliegenden Fassung vom 07.10.2016 und die dazugehörige Begründung werden gebilligt.
3. Die erneute öffentliche Auslegung des geänderten Bebauungsplanentwurfes und seiner Begründung sowie der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wird gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB beschlossen.
4. Die Nachbargemeinden sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit dem geänderten Entwurf und der zugehörigen Begründung gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern.

Abstimmungsergebnis: 35:00:04

8.6 Bebauungsplan Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtlichen Bauvorschriften, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/502/2016/III-61

Er wolle nicht die guten Argumente, die für die Zustimmung sprechen und die im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt ausgetauscht wurden schmälern, nämlich, dass eine Verantwortung bezüglich des Investorenschutzes besteht und dass erfreulicherweise der Standort in der Goethestraße erhalten bleibt, erklärte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**. Trotz dieser Argumente werden Teile der Fraktion anders stimmen als vielleicht die große Mehrheit des Stadtrates, denn mit erneuten Erweiterungen und der Ausweisung neuer und größerer Verkaufsflächen bei rückläufiger Bevölkerung werden Probleme für das Zentrum gesehen. Es sollte mehr Zentralität gewagt werden. Mit dem Zentrenkonzept bestehe ein generelles Problem, da wir viele Zentren haben und sich die Frage stellt, ob das noch zeitgemäß ist. Die Innenstadt müsse anders gestärkt und belebt werden. So könne z. B. für den Bereich Schlachthof in Dessau-Nord ein anderer Übergang in die Landschaft stattfinden, evtl. mit einer Wohnbebauung und dergleichen mehr. Es müsse eine andere Form zur Stärkung des Zentrums gefunden werden als durch mehr Einzelhandel, der vielleicht durch Kaufkraft gar nicht gedeckelt ist. Er bezweifle, dass, trotz der in den Planungen eingearbeiteten Einschränkungen, der Einfluss auf die Innenstadt gering genug ist, um sie nicht zu schädigen. Die Analyse dazu sei nicht zureichend, weil an verschiedenen Stellen größere Verkaufsflächen ausgewiesen wurden, die in der Beurteilung, welche Auswirkungen das Projekt hat, noch nicht enthalten sind. Herr Meier unterbreitete den Vorschlag, zukünftig zu prüfen, wie mit dem Stadtzentrum umgegangen werden soll, denn Oberzentrum heißt, ein vernünftig funktionierendes Zentrum zu haben. Dazu gehört das Zentrum mehr zu stärken als durch randliche zentrale Versorgungsbereiche.

Beschluss:

1. Das Aufstellungsverfahren für die 2. Änderung und zugleich Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtlichen Bauvorschriften soll zur inhaltlichen Klarstellung und deutlichen Trennung vom Ursprungsbebauungsplan Nr. 147 „Schlachthof Dessau-Nord“ unter dem neuen Titel **Bebauungsplan Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof“ mit örtlichen Bauvorschriften** im Regelverfahren fortgeführt werden.
2. Die Änderung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtlichen Bauvorschriften wird wie in der Anlage 2 enthalten bestätigt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtlichen Bauvorschriften (Anlage 3) und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4) werden in der beigefügten Fassung vom 6. Dezember 2016 gebilligt.
4. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtli-

chen Bauvorschriften (Anlage 3) und der dazugehörenden Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4), sowie der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlage 5) gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:06:02

8.7 Beschluss zur Finanzierung der Entwurfsplanung und Antragstellung STARK III plus EFRE für das Projekt "Generalsanierung Grundschule und Hort Tempelhofer Straße"
Vorlage: BV/041/2017/III-65

Beschluss:

Das Projekt „Generalsanierung Grundschule und Hort Tempelhofer Straße“ wird bis zur Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) geplant und im Programm STARK III plus EFRE beantragt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

8.8 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Förderaufruf des Bundes "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017"
Vorlage: BV/076/2017/III-65

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Berücksichtigung der zu Beginn der Sitzung ausgereichten Ergänzung.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau wird zum Projektaufruf des Bundes „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017“ einen Förderantrag für das Vorhaben „Sanierung des Gebäudes der Sozialen Begegnungsstätte in der Törtener Straße 13 - 14“ erstellen und einreichen.
2. Die erforderlichen Eigenmittel sind in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 38:01:00

8.9 Resolution zur dauerhaften Anbindung des Hauptbahnhofes Dessau in das Eisenbahnfernverkehrsnetz und Gewährleistung regelmäßiger ICE- und IC-Halte insbesondere nach Berlin und Leipzig
Vorlage: BV/499/2016/IV-80

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau fordert eine zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag der Landesregierung 2016 - 2021 festgeschriebenen Zielstellung, Dessau-Roßlau dauerhaft an den Fernverkehr anzuschließen.
2. Insbesondere wird auch eine deutliche Verkürzung der Reisezeiten der Direktverbindung zwischen dem Hauptbahnhof Dessau und dem Hauptbahnhof Berlin auf etwa eine Stunde eingefordert.
3. Die Umsetzung der Zielstellung ist möglichst bis zum Bauhausjubiläum 100 Jahre Bauhaus anzustreben.
4. Zur Erreichung der Zielstellung gegenüber der Deutschen Bahn nimmt die Stadtverwaltung unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt 2016-2021, die Kundenoffensive Deutsche Bahn Fernverkehr und das Impulspapier „Schienenpaket 2030“ der SPD Bundestagsfraktion Kontakt mit der Landesregierung auf, um über geeignete Maßnahmen zu sprechen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Landtages, das Umweltbundesamt, die Hochschule Anhalt, die Stiftung Bauhaus Dessau und die örtliche Wirtschaft sowie die Wirtschaftsverbände als starke Partner werden gebeten, die Forderung, den Hauptbahnhof Dessau an das Eisenbahnfernverkehrsnetz insbesondere nach und von Berlin anzuschließen, zu unterstützen. Die politischen Vertreter der Stadt werden sich in den verschiedenen Gremien ebenfalls für die Umsetzung der Zielstellung einsetzen.
5. Über die Maßnahmen zur Umsetzung der Zielstellung und die weitere Vorgehensweise wird im Stadtrat berichtet.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Der öffentliche Teil wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.
Frau Müller, CDU-Fraktion, verließ die Sitzung.

11 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss um 19.10 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 12.04.17

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer